

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Bildungsausschusses am 06.03.2012**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 20:55 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Herr Andreas Schachtschneider	Ausschussvorsitzender, CDU	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	ab 17:06 Uhr
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	Vertreter für Frau Dr. Petra Sitte
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herrn Klaus E. Hänsel	SKE	ab 17:04 Uhr
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Herr Gert Hildebrand	Verwaltung	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Uwe Weiske	Verwaltung	
Herr Jürgen Zschocke	Verwaltung	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Bertolt Marquardt	SKE	bis 19:45 Uhr
Herr Andreas Riemann	SKE	
Herr Thomas Senger	SKE	
Frau Cathleen Stahs	SKE	
Frau Dr. Regine Stark	SKE	

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	Vertreter Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck
Herr Norbert Böhnke	Verwaltung	
Frau Dr. Christine Radig	Verwaltung	
Herr Torsten Bau	SKE	
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Herr Martin Gorowska	SKE	

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport**, gab bekannt, dass die Protokollführerin und die stellvertretende Protokollführerin nicht anwesend sind und er die Protokollführung für diesen Ausschuss übernimmt.

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, informierte, dass Herr Meyer (BUND) einen Antrag auf Rederecht zum Top 4.3.gestellt hat und bat um Abstimmung über diesen Antrag auf Rederecht.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, informierte, dass der TOP 4.2 von der Verwaltung zurückgezogen wurde und stellte die Tagesordnung zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften vom 10.01.2012 und 07.02.2012
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2012 bis zum 31.12.2012 (BEP 2012)  
Vorlage: V/2011/10219
- 4.2. Berichterstattungen in den Fachausschüssen und im Stadtrat  
Vorlage: V/2011/10362  
**zurückgezogen**

4.3. Einbringung doppischer Haushalt 2012  
Vorlage: V/2011/10306

4.3.1 Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im Amt für  
Schule und Sport, Teil 1  
Vorlage: V/2012/10385

4.3.2 Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung / Haushaltskonsolidierung im Amt für  
Schule und Sport, Teil 3  
Vorlage: V/2012/10384

Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung/Haushaltskonsolidierung im Amt für  
4.3.3 Schule und Sport, Teil 13  
Vorlage: V/2012/10415

5. Anträge von Fraktionen und Stadträten

5.1. Antrag des sachkundigen Einwohners Thomas Senger (Stadtelternrat) mit Unterstützung  
der Fraktion DIE LINKE. zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung der Stadt Halle  
(Saale) vom 01.08.2011  
Vorlage: V/2012/10468

5.2. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und MitBÜRGER für  
Halle - NEUES FORUM zur Verwendung von Erlösen aus einem Grundstücksverkauf für  
investive Maßnahmen an Schulen  
Vorlage: V/2012/10476

6. schriftliche Anfragen von Stadträten

7. Mitteilungen

8. Beantwortung von mündlichen Anfragen

9. Anregungen

### zu 3 **Genehmigung der Niederschriften vom 10.01.2012 und 07.02.2012**

---

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, bat um Abstimmung der Niederschrift vom 10.01.2012.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, stellte die Niederschrift vom 7.2.2012 von der Tagesordnung zurück, da diese noch nicht unterschrieben ist. Diese Niederschrift wird auf die Tagesordnung des nächsten Bildungsausschusses gesetzt.

**Abstimmungsergebnis:** zurückgestellt durch Verwaltung

### zu 4 **Beschlussvorlagen**

---

#### zu 4.1 **Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2012 bis zum 31.12.2012 (BEP 2012) Vorlage: V/2011/10219**

---

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, erteilte **Frau Erfurt, Jugendhilfeplanerin im Amt für Kinder, Jugend und Familie**, das Wort für eine Einführung in die Vorlage.

**Frau Erfurt, Jugendhilfeplanerin**, hielt einen Power-Point-Vortrag zur Jugendhilfeplanung (siehe Anlage 1 zum Protokoll).

Sie erklärte, dass die Kapazitäts- und Nutzungszahlen per 31.12.2011 enthalten sind, die Zahlen für die den künftigen Hort in der Willy-Lohmann-Straße sind noch nicht enthalten.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte, dass geplant ist, in der Willy-Lohmann-Str. einen Hort und keine Kita einzurichten, da ein Hort in diesem Einzugsbereich dringend benötigt wird.

**Herr Marquardt, SKE**, fragt nach den angegebenen Prozenten, und wollte wissen, ob diese nur die Grundschüler beinhalten.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, antwortete, dass darin die Kinder bis zum 14. Lebensjahr enthalten sind.

**Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion**, fragte nach den Auswirkungen auf die Arbeitsplätze.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte, dass es etwas mehr Personal geben wird, da die jüngeren Erzieher anders eingestuft sind, wie die älteren und aus diesem Grund ein Aufwuchs möglich wäre.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wollte die Zahl der Inanspruchnahme nach Klassenstufen 1 – 4 genannt haben.

**Herr Weiske, Sozialplaner**, erläuterte, dass die Inanspruchnahme von Hortplätzen in den 1. und 2. Klassen bei ca. 90 % der Schüler liegt, danach geht die Inanspruchnahme langsam zurück.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach den Qualitätsstandards.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, fragte nach dem prognostizierten Rückgang der Kinder ab 2017, lt. demografischer Entwicklung. Sie fragte, wie die Stadt mit dieser Prognose umgeht.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte, dass ein Demografie-Check ausgeführt wurde, und die entsprechende Auswertung kurz vor dem Abschluss steht. Diese Ergebnisse sind Grundlage für Fördermittelanträge und Neubau.

**Herr Weiske, Sozialplaner**, erklärte, dass diese Zahlen für den Grundschulbereich erst ab 2020/25 relevant werden.

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, fragte nach einer statistischen Erfassung von auswärtigen Kindern (z. B. aus dem Saalekreis).

**Frau Erfurt, Jugendhilfeplanerin**, informierte, dass im Jahr 2011 ca. 260 Kinder im Kindergarten betreut wurden, die außerhalb von Halle wohnten. Es gab natürlich auch Kinder der Stadt Halle (Saale), die im Saalekreis betreut wurden. Sie vertrat die Meinung, dass sich dies ausgleicht.

**Herr Weiske, Sozialplaner**, erklärte, dass die Hauptverantwortung für die Kinder der Stadt Halle (Saale) besteht. Bei Betreuung von Kindern aus anderen Kreisen sei immer die Finanzierung zu beachten (Landespauschale und Betriebskosten).

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, stellte die Vorlage zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschläge:**

1. Der Stadtrat stimmt dem Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung als Teilplanung der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII für den Zeitraum vom 01.01.2012 bis zum 31.12.2012 zu. (Anlage 1)
2. Der Stadtrat nimmt die geplanten Standortveränderungen/Standorterweiterungen und die Planungsschwerpunkte für das Jahr 2012 zur Kenntnis. (Anlage 2)

3. Für die im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen wird die gesetzliche Finanzierung gemäß § 11 KiFöG (Personal- und Sachkostenfinanzierung aufgrund der Ist-Belegung) im Haushalt 2012 sichergestellt. (Anlage 3a und 3b)

#### **zu 4.3 Einbringung doppischer Haushalt 2012 Vorlage: V/2011/10306**

---

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, führte aus, dass die Haushaltsvorlage und die ergänzenden Vorlagen in der heutigen Sitzung in 1. Lesung besprochen werden. Eine abschließende Beschlussfassung finde nicht statt.

**Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport**, hielt den Einführungsvortrag zur Vorlage (siehe Anlage 2 zum Protokoll).

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach einer eventuellen Sondersitzung des Bildungsausschusses vor dem nächsten Finanzausschuss.

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, stellte mehrere Termine für eine Sondersitzung zur Auswahl. Die Mitglieder des Bildungsausschusses einigten sich auf den

#### **20.3.2012, 17:00 Uhr als Termin für die Sondersitzung.**

**Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion**, fand diese neue Form der Haushaltsvorlage sehr unübersichtlich und fände es besser, wenn die Zahlen nicht so zusammengezogen würden. Die PPP-Rate ist mit aufgeführt und entspricht in etwa den Betriebskosten. Zins und Tilgung konnte er nicht finden, auch nicht im Finanzteil. **Herr Bauersfeld** vertrat die Meinung, dass gerade diese Kosten direkt zuordenbar sind.

**Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport**, erinnerte noch einmal an seine vorherige Aussage, dass diese gewünschten Zahlen nur per Hand zusammengestellt werden können. Er bot eine entsprechende Anlage an das Protokoll an.

**Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion**, äußerte, dass die Darstellung des Haushaltes in Magdeburg anders aussehe und Halle SAP nicht ausreichend nutze. Die Darstellung des Haushalts von Magdeburg sei in einigen Bereichen besser aufgeschlüsselt.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, nahm den Punkt der Vergleichbarkeit zu 2011 auf. In den anderen Ausschüssen (z. B. im Jugendhilfeausschuss) sind die Unterlagen vergleichbarer gewesen. Die Stadträte müssen eine Darstellung auf Leistungsebene erhalten, um Entscheidungen besser abwägen zu können.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, sagte den Vergleich auf Leistungsebene zu 2011 mit Vorlage zur Sondersitzung zu.

**Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE.**, fragt nach den erhöhten Sachkosten für die Ganztagschulen und wollte wissen, wo diese berücksichtigt sind. Ebenfalls fragte er nach der Anzahl der Ganztagschulen.

**Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport**, sagte eine Beantwortung zu.

**Herr Marquardt, SKE**, fragte nach der Eröffnungsbilanz und den Abschreibungen. Die Unterlagen führen 30 Mio. € Abschreibungen aus, diese sind noch nicht untersetzt.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, antwortete, dass in den Beratungen ein Betrag von 17 Mio. € als Konsolidierungsleistung zu untersetzen ist. Für die Abschreibung gibt es Richtlinien des Landes. Dieser Beschluss umfasst nur den Ergebnis und Finanzhaushalt, nicht die die Eröffnungsbilanz. Diese wird gesondert nach Fertigstellung vorgelegt.

**Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion**, stellte die Frage: welches Personal ist auf Leistungsebene erfasst?

**Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport**, führte aus, dass dies die SchulsekretärInnen sind und die Umlage für das Verwaltungspersonal des Amtes. Die Hausmeister werden über den Servicevertrag mit dem EB ZGM verrechnet, dessen Kosten bei Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Leistungen ausgewiesen sind.

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, wollte wissen, wie hoch der Anteil der Personalkosten (Hausmeister) und der Gebäudekosten auf der Leistungsebene der Schulen ist.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte, dass es eine Richtlinie gibt, nach der der Personalschlüssel für Hausmeister ermittelt wird. Die Frage wird an **Herrn Bielecke** zur Beantwortung weitergeleitet.

**Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM**, stellte fest, dass die Kosten für das ZGM sind sehr hoch seien und sicher gesenkt werden könnten. Er nannte als Beispiel die Betriebskosten für die Saaleschule, die erheblich gesenkt wurden.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, nahm die Frage auf, diese wird an **Herrn Bielecke** zur Beantwortung weitergereicht.

**Herr Senger, SKE**, fragte nach den realen Kosten der Bauunterhaltung.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, antwortete, dass Bauunterhaltung in einem pauschalierten Betrag ausgewiesen wird, ohne konkrete planerische Zuordnung zur einer einzelnen Schule /Leistung, da dies nicht planerisch darstellbar sei. Zu den hohen Betriebskosten führte er als Beispiel aus, dass die Schulen beim Projekt „Klimaschutz macht Schule“ mitmachen, dabei viele Ressourcen sparen und dann die Sportvereine in den Schulturnhallen die Einsparung durch beispielsweise einen hohen Wasserverbrauch reduzieren.

**Herr Senger, SKE**, bat um Aufschlüsselung der Kosten für Betriebskosten, Bauunterhaltung und Hausmeister.



**Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion**, vertrat die Meinung, dass die Kosten für Bauunterhaltung als Zuschuss ZGM bezeichnet werden könnten. Diese Kosten sind nicht transparent. Solange das ZGM die Kosten auf die Schulen umlegt, kann es keine Einsparung geben. Das Thema wurde im Bildungsausschuss bereits oft thematisiert, bisher hat sich noch nichts geändert.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, entgegnete, es gebe verschiedene Varianten der Immobilienverwaltung. Bei einem Vergleich ist noch nicht klar, welche Lösung die kostengünstigste sei. Der Bildungsausschuss muss sich durch die Schulen am stärksten mit dem ZGM auseinandersetzen. Die Werterhaltung städtische Gebäude ist grundsätzlich nicht ausreichend ausfinanziert, nicht nur bei den Schulen.

**Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion**, äußerte, man müsse sich den realen Kosten stellen.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, vertrat die Meinung, dass das ZGM natürlich mit Finanzen ausgestattet werden muss, um den Gebäudebestand nicht nur zu erhalten, sondern auch zu sanieren. Er fragte nach den Bewirtschaftungsraten von PPP- und Lebenszyklusschulen. Für ihn sei nicht ersichtlich, ob auch bei den anderen (konventionell bewirtschafteten) Schulen die Bewirtschaftungskosten in gleichem Maße steigen wie an diesen Schulen. Er fragte, wie man dieser Preisentwicklung entgegenwirken könnte.

**Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport**, erklärte, dass diese Frage zur Beantwortung mitgenommen wird.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, informierte nochmals, dass es einen Sanierungsstau (ca. 70 – 80 Mio. €) bei den Schulen gibt. Die oberste Priorität hat momentan der Brandschutz. Eine neue Prioritätenliste wird momentan erstellt und wird demnächst auf den Bildungsausschuss zukommen. Bei einigen Schulen wird die Herstellung des Brandschutzes länger dauern als bei anderen Schulen.

**Herr Senger, SKE**, regte an, dass die Schulen selbständiger werden sollten. Die Schulen sollten ein bestimmtes Budget erhalten und dafür verantwortlich sein. Damit könnte man verschiedene Projekte für die Schulen anregen und umsetzen. Er nannte als Beispiel, dass das Licht z. B. in der GS Andersen über die kompletten Ferien gebrannt habe.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte, dass diese Anregung einen bestimmten Sanierungsstand an den Schulen voraussetzt. Er wies darauf hin, dass die Sportvereine, die die Schulturnhallen nutzen, viele Ressourcen (Strom und Wasser) verbrauchen. Diese Verbräuche sind jedoch bei der jeweiligen Schule ausgewiesen.

**Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion**, vertrat die Meinung, dass die Variante mit dem Budget funktionieren könnte, jedoch bleibt das Hauptproblem mit dem ZGM bestehen. Es wird eine Transparenz benötigt, was die Schulen konkret kosten und nicht, welche Kosten auf die Schulen umgelegt werden. Dieses Problem kann nur durch die Verwaltungsspritze geklärt werden.

**Herr Marquardt, SKE**, fragte nach der Liste zur Mittelreduzierung und zur Haushaltskonsolidierung. Er stellte fest, dass diese Listen nicht ganz deckungsgleich sind, insbesondere die Liste zur Mittelreduzierung ist so nicht beschlussfähig.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** erläuterte den Aufbau des Haushaltsplanes und erklärte, dass die verschiedenen Listen verschiedene Ursprungsdaten haben. Die Liste zur Mittelreduzierung muss durch Einzelbeschlüsse untersetzt werden.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** fragte nach der Einsparliste und wollte wissen, ob diese aktuell ist, insbesondere wie die ausgewiesene Einsparung aus der Schulentwicklungsplanung untersetzt sei.

**Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport,** erklärte, dass in der nächsten Woche eine Beschlussvorlage zur Schulentwicklungsplanung vorliegt. Die Einsparung wird deutlich unter 1,0 Mio. € liegen.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** fragte nach der Kürzung im Bereich Volkshochschule.

**Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport,** erklärte, dass diese Frage aufgenommen und zur Beantwortung mitgenommen wird.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** fragte zur Prioritätenliste, er bemängelte, dass es keine Aussagen zu STARK III gibt und wollte wissen, wo die Eigenmittel herkommen.

**Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport,** antwortete, dass es bisher noch keine belastbaren Aussagen zum Antragsverfahren gibt. STARK III – Projekte können nur über einen Nachtrag in den Haushalt eingebracht werden.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** fragte zur Wiedereröffnung der Glaucha-Schule nach.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** erklärte, dass die Glauchaschule erst 2013 im Haushalt stehen kann.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** fragt zur Finanzierung der Förderschule Makarenkoschule im Finanzplan nach.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** erklärte, dass die Bildung eines Förderschulzentrums, nach den Vorgaben des Landes angedacht war. Es ist eine strategische Überlegung – die Position im Finanzplan ist eine Freihalteposition.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** fragte zu den Kleininvestitionen nach. PPP-Schulen erhalten im Finanzplan höhere Beträge als die städtischen Schulen. Er wollte wissen, warum das so ist.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** erklärte, dass der gewünschte Anmeldebetrag nicht in den Finanzplan aufgenommen werden konnte. Es war ein höherer Betrag vorgesehen. Die Summen für die PPP-Objekte sind vertraglich gebunden und konnten daher nicht reduziert werden. **Herr Hildebrand** nimmt die Frage zur genauen Beantwortung mit.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**                    **vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Ergebnisplan 2012 einschließlich des Vorschlages zur Mittelreduzierung (Anlage 2) sowie die Investitionsprioritätenliste der Investitionsvorhaben 2012 - 2017 (Anlage 1) werden zur Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

Damit ist sichergestellt, dass das Zieldefizit von -9,0 Mio. EUR für 2012 (vgl. genehmigter Haushalt 2010) erreicht wird und der Haushalt 2012 genehmigungsfähig ist.

2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2010 zur Kenntnis.

**zu 4.3.1 Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung /  
Haushaltskonsolidierung im Amt für Schule und Sport, Teil 1  
Vorlage: V/2012/10385**

---

Endgültige Schließung des Schulumweltzentrums und Aufhebung des Vergabebeschlusses.

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, erteilte **Herrn Meyer** das Rederecht als Gast.

**Herr Meyer, stellvertretender Landesvorsitzender des BUND**, stellte Potenzial und Einmaligkeit des Objektes in der Franzigmark dar. Er erklärte den Gebietsstatus des Landschaftsschutzgebietes der Franzigmark und wies auf den Gebietsstatus in Radewell hin, wohin die Ökoschule ausgelagert werden soll. Es gab Verhandlungen zum Pachtvertrag, diese wurden im Mai 2011 begonnen. Anfangs wurde ein hoher und kein symbolischer Pachtzins gefordert. Nach Brief des BUND an die Oberbürgermeisterin wurde dann ein symbolischer Pachtzins Ausgangspunkt des Vertrages und die Verhandlungen wurden fortgesetzt. Nach diesem Werdegang ist eine Schließung kein Vorbild für andere Übertragungen auf freie Träger. Er bat die Stadträte, der Schließung nicht zuzustimmen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte den Beweggrund für diese Einsparvorlage. Er wies auf die Finanzsituation der Stadt hin. Die Schließung der Franzigmark ist auch für die Stadt schmerzlich. Trotz der bereits erzielten Einsparung von 200 T€ sind die Defizite im Haushalt weiter vorhanden und bei diesem Objekt ist ein weiteres Potential außerhalb rechtlicher Verpflichtungen gegeben. Dies ist ein Baustein um den Stadthaushalt langsam in die Genehmigungsfähigkeit zu bringen. Über diesen Haushalt haben Verwaltung und Politik gemeinsam zu entscheiden. Es gab einen langen Verhandlungszeitraum bei der Übertragung der Franzigmark. Der Vertrag wurde im vorigen Jahr nicht unterschrieben. Ein neuer Vertrag darf im Rahmen des nicht genehmigten Haushaltes nicht geschlossen werden.

**Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport**, erläuterte in den Verhandlungen, dass von beiden Seiten hart gerungen wurde. Es gab mehrere Verhandlungsrunden und Abstimmungen. Die Verlagerung der Ökoschule nach Radewell wurde durch die Verwaltung geprüft und für machbar eingeschätzt. Sicher sind die inhaltlichen Aktivitäten an den Möglichkeiten im Umfeld des dortigen Areals auszurichten. Die Bedenken auf Grund der Schutzbedingungen in den Naturschutzarealen sind so nicht zutreffend, da die Saaleaue wie auch das Gebiet in der Franzigmark die gleichen Kriterien erfüllen. Gegen eine grundsätzliche Verlagerung der Ökoschule an einen anderen Standort bestehen keine Einwendungen des Kultusministeriums

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, vertrat die Meinung, dass er mehr Sparvorschläge bräuchte, um die Möglichkeit einer Abwägung zu bekommen. Es sollten nicht nur Einsparsummen gebracht werden, welche der Höhe der geforderten Einsparsumme entsprechen. Er lobte die aktuelle Familienverträglichkeitsprüfung der Verwaltung. Er informierte, dass seine Fraktion weiterhin für die Erhaltung der Franzigmark ist und die Beschlussvorlage nicht mittragen würde. Die Einrichtung sollte erhalten werden, mit jährlich absinkendem Zuschuss.

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, fragte nach einem Kompromissvorschlag, auch wenn die Vertragsverhandlungen gescheitert sind. Er interessierte sich dafür, welche Vorschläge der Träger gebracht hat.

**Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport**, erklärte, dass die Verhandlungen im Dezember zu einem Ergebnis gekommen waren. Dann kam die Problematik des fehlenden Haushaltes der Stadt Halle hinzu, die neue vertragliche Verpflichtungen ausschloss.

**Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM**, erzählte, dass er die Franzigmark als Lehrer und Schulleiter als Objekt der Umwelterziehung gern genutzt habe. Er äußerte sein Unverständnis, dass nicht andere Möglichkeiten gefunden werden.

**Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion**, erklärte, dass es nicht darum geht, den Unterricht wegfallen zu lassen, sondern den Unterricht zu verlagern. Die Saale-Elster-Aue für diesen Unterricht seiner Meinung nach gut geeignet. Er hat das Protestschreiben der Lehrer mit dem Hinweis auf die Verordnung gesehen. Er kann diese Verordnung nicht verstehen, da diese den Naturunterricht verbietet. Die Grundschule Radewell ist dafür gut geeignet, nur ein Blatt Papier würde den Unterricht verhindern. In diese Verordnung bräuchte nur eine Ergänzung aufgenommen werden.

**Herr Marquardt, SKE**, verstand nicht, warum der Beschluss nicht umgesetzt wurde, da die Haushaltssituation der Stadt sich doch nicht verändert hat. Er stellte die Frage, ob die Ökoschule nicht eine pflichtige Aufgabe sei.

**Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion**, schloss sich **Herrn Paulsen** an, dass verschiedene Alternativen angeboten werden müssten, um eine Entscheidung zur Einsparung treffen zu können. Er ist nicht dafür, die Franzigmark zu schließen, wenn diese erhalten werden kann. Wenn Geld eingespart wird, kann dieses Geld doch nicht einfach für ein anderes Projekt ausgegeben werden. Stadträte kennen den Stand der Verhandlungen nicht, sie kennen nur das Ergebnis. Eine Unterschriftsleistung der Oberbürgermeisterin wäre auf Grund der Haushaltssituation gar nicht möglich. Er wollte wissen, ob der BUND eine Möglichkeit sieht, der Stadt entgegen zu kommen. Er vertrat die Meinung, dass die Ökoschule unstrittig ist.

**Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM**, fragte nach den Kosten der Verlagerung der Ökoschule nach Radewell.

**Herr Senger, SKE**, vermisste eine Information, was die Schule an dem neuen Standort kostet. Er interessierte sich für die Höhe der tatsächlichen Einsparsumme und stellte den Vergleich zur freiwilligen Leistung – Stadion – an. **Herr Senger** vertrat die Meinung, dass die Franzigmark erhalten bleiben muss, da dieser Beschluss demokratisch gefasst wurde.

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, vermisste auch die tatsächlichen Umzugskosten. Es ging ja bei allen Diskussionen immer nur um die Ökoschule.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte, dass die Liste der freiwilligen Leistungen zwar lang ist, aber es wird nicht einfacher, eine Entscheidung zu treffen, da z. B. bei vielen Sporthallen eine Fördermittelbindung vorhanden ist. Zu den Kosten für die Umverlagerung der Ökoschule wird informiert. In Radewell gibt es eine gute Raumsituation, es gibt dort insgesamt bessere Bedingungen.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, verwahrte sich dagegen, die schmerzhaften Beschlüsse auf die Stadträte abzuwälzen. Die Stadträte haben einen Haushalt bekommen, der nicht durchsichtig ist. Der neue Standort ist keine Alternative zum jetzigen Standort. Das Schulumweltzentrum gibt es dann nicht mehr, es gibt dann nur noch die Ökoschule.

**Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE.**, wollte über die Nachnutzung der Franzigmark informiert werden. Er interessierte sich dafür, was der Leerstand kostet. Er erinnerte an den Stadtratsbeschluss zur Franzigmark.

**Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM**, merkte an, dass es beim Sparen nur um die freiwilligen Leistungen gehe und wollte wissen, warum es nicht um reale Leistungen geht, die eingespart werden können.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**                      **vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

1. **Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften** beschließt die **Schließung des Schulumweltzentrums Franzigmark** und damit die Aufhebung des Beschlusses V/2009/08258 vom 24.02.2010 sowie die Aufhebung des Vergabeverfahrens und der Übertragung des Schulumweltzentrums Franzigmark (V/2010/09258) vom 30.03.2011.

**zu 4.3.2 Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung /  
Haushaltskonsolidierung im Amt für Schule und Sport, Teil 3  
Vorlage: V/2012/10384**

---

Schließung des städtischen Schulgartens am Galgenberg

**Herr Senger, SKE**, fragte nach den Einsparungen beim Schulgarten. Er wollte wissen, ob es reale Einsparungen nach der Schließung beim Personal gibt.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte, dass eine Stelle bereits eingespart wurde und die andere Person auf eine freie Stelle im Grünflächenamt umgesetzt werden könnte.

**Herr Senger, SKE**, fragte ob der Schulgartenunterricht freiwillige oder Pflichtleistung sei.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte, dass eine Lösung gefunden werden muss.

Er ging auf den Änderungsantrag – Unterricht in der Natur – ein. Momentan nutzen nur 6 von 32 Grundschulen diesen Schulgarten. Geschlossen wird der Schulgarten nur unter der Voraussetzung, dass Unterricht in der Natur abgehalten wird. Es muss Alternativen geben.

**Herr Marquardt, SKE**, äußerte seine Position gegen die Schließung einer Einrichtung, die eine lange Tradition hat. Für ihn ist weiterhin die Frage der Nachnutzung offen. Er fragte zu Alternativen des Schulgartenunterrichtes und vertrat die Meinung, dass zuerst die Versorgung der Kinder gesichert sein muss, bevor eine Entscheidung zur Schließung des Schulgartens getroffen werden kann.

**Herr Senger, SKE**, vertrat die Meinung, dass wenn der Schulgarten verlagert wird, bzw. an Schulen angelagert wird, auch Kosten entstehen. Er bat um die Aufschlüsselung dieser Kosten. Er wollte wissen, was eine Alternative kostet und was dann von der Einsparung übrig bleiben wird.

**Frau Dr. Stark, SKE**, vertrat die Auffassung, dass den Kindern der Bezug zur Natur verlorengelht. Sie war ebenfalls der Meinung, dass wenn Alternativen geboten werden, natürlich auch ein Kostenvergleich gemacht werden muss. Sie war erschrocken, dass nur so wenig Schulen den Schulgarten nutzen.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erklärte, es nutzen 9 Schulen den Schulgarten und damit ist die Kapazität ausgelastet. Der Schulgartenunterricht steht nach Aussage eines Landtagsabgeordneten nicht in Frage. Es wird insbesondere eine Alternative für die Schulen benötigt, die den Schulgarten nutzen.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, wies darauf hin, dass der gesamte Haushalt betrachtet werden muss. Sie äußerte Verständnis dafür, dass die Stadt auch um jede einzelne Summe kämpft. **Frau Raab** wollte wissen, ob es um den Ort oder die Sache selbst ginge. Es muss nach Einsparungen gesucht werden, die am wenigsten weh tun.

**Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion**, vertrat die Meinung, dass dieser zentrale Schulgarten für ein Gartenverständnis nicht geeignet ist. Besser wäre es, wenn der Schulgarten direkt an der jeweiligen Schule angegliedert werden könnte, oder im Nahbereich der Schule eine entsprechende Möglichkeit gefunden werden würde.

**Frau Stahs, SKE**, erklärte, dass der Schulgartenunterricht nur ein ganz kleiner Teil des Sachkundeunterrichts sei. Sie möchte wissen, wie oft die Schulen den Schulgarten besucht haben.

**Herr Marquardt, SKE**, schlug eine Befragung der Schulen vor, die den Schulgarten momentan nutzen, damit geklärt werden kann, was diese Schulen benötigen.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, Sachkundeunterricht sollte durch den Lehrer stattfinden. Er erklärte, dass nur die Stelle gestrichen werden soll, die im Hintergrund den Schulgarten das Jahr über gepflegt hat. Er informierte, dass viele Schulen große Außenflächen haben, und dort die Möglichkeit besteht, einen Schulgarten einzurichten. Er informierte darüber, dass in der Verwaltung auch andere Möglichkeiten geprüft werden, z. B. Partnerschaften mit Senioren usw. Der Änderungsantrag wird sicher positiv geprüft, die Verwaltung hat diesen erst heute erhalten.

**Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion**, erinnerte daran, dass der Schulgarten der Grundschule Dürer auf dem nicht nutzbaren Gelände liegt und entsprechend momentan nicht nutzbar ist.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:**                      **vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

**Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die Schließung des städtischen Schulgartens Am Galgenberg zum 31.7.2012.**

zu                      **Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage**  
4.3.2.1                **"Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung /**  
                              **Haushaltskonsolidierung im Schulverwaltungsamt, Teil 3"**  
                              **(Schulgarten Am Galgenberg), V/2012/10384**  
                              **Vorlage: V/2012/10513**

---

**Abstimmungsergebnis:**                      **vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Antrag wird durch nachfolgenden Prüfauftrag ergänzt:

Die Verwaltungsspitze wird gebeten zu prüfen:

- An welchen Grundschulen als Ersatz für den städtischen Schulgarten Am Galgenberg Beete bzw. kleine Gärten angelegt werden können.
- Kooperationsmöglichkeiten zwischen nahegelegenen Schulen möglich sind.

**zu 4.3.3 Umsetzung der Vorschläge zur  
Mittelreduzierung/Haushaltskonsolidierung im Amt für Schule und  
Sport, Teil 13  
Vorlage: V/2012/10415**

---

Eintrittspreiserhöhung Planetarium

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** erläuterte die Vorlage und informierte, dass die Eintrittspreise seit 12 Jahren nicht erhöht wurden.

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender,** stellt den Änderungsantrag der Fraktion vor und vertrat die Meinung, dass eine Gebührenerhöhung natürlich auch einen Besucherrückgang zur Folge haben könnte und deshalb wäre eine dezente Erhöhung besser.

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion,** lobte die Verwaltung für diese Vorlage. Besonders gut fand er die Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen. Er fand die Vorlage tragbar.

**Herr Senger, SKE,** fragte nach, ob der hälftige Betrag wirklich in das Planetarium fließen würde.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** fand den Preis in der Beschlussvorlage in Ordnung, jedoch ist eine Reduzierung der Besucher möglich, er könnte sich dem Vorschlag der Verwaltung anschließen.

**Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion,** wollte wissen, wie die technische Situation im Planetarium aussieht, was mit anfallenden Wartungsarbeiten ist.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** erklärte kurz den technischen Zustand, der auf Grund des Alters nicht gut aussieht, vor allem ist die Ersatzteilsituation schlecht. Ein Minuspunkt ist auch die Lage direkt im Hochwassergebiet.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:                      vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügten Eintrittspreise für das Raumflugplanetarium „Sigmund Jähn“ ab 01.07.2012.



**zu 4.3.3.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage  
"Umsetzung der Vorschläge zur Mittelreduzierung Teil 13"  
(Raumflugplanetarium), V/2012/10415  
Vorlage: V/2012/10512**

---

**Abstimmungsergebnis: vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

Die Preisgestaltung zum 1.7.2012 wird wie folgt geändert:

Kinder unter 6 Jahren	0 €
Schulveranstaltungen hallescher Schüler (in der Schulzeit)	0 €
Studenten / Schüler (außerhalb der Schulzeit und Schulveranstaltungen auswärtiger Schüler)	1,50 €
Erwachsene	3,00 €

**zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5.1 Antrag des sachkundigen Einwohners Thomas Senger  
(Stadtelternrat) mit Unterstützung der Fraktion DIE LINKE. zur  
Änderung der Schülerbeförderungssatzung der Stadt Halle (Saale)  
vom 01.08.2011  
Vorlage: V/2012/10468**

---

**Herr Senger, SKE**, erklärte seinen Antrag zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung. Der Wohnort ist in dieser Satzung an die Meldeadresse gebunden, in anderen Satzungen ist das der gewöhnliche Aufenthaltsort. Er argumentierte, dass ein Wohnheim ebenso wie die Adresse bei den Großeltern gleich behandelt werden sollte und die Schülerbeförderungskosten sollten erstattet werden.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, entgegnete, dass der gewöhnliche Aufenthaltsort dort ist, wo sich das Kind gewöhnlich aufhält. Es ist möglich, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Es ist vorauszusetzen, dass der gewöhnliche Aufenthaltsort des Kindes mit der Meldeadresse gleichzusetzen ist, sonst müsse angenommen werden, dass die Eltern ihrer Pflicht zum Kindeswohl nicht nachkommen. Vorhandene Ausnahmefälle werden auf Antrag natürlich geprüft.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, regte an, dass solche Sachverhalte bitte den Stadträten rechtzeitig vorgelegt werden sollten, damit man sich vorher damit beschäftigen kann.

**Herr Hänsel, SKE**, vertrat die Meinung, dass es bei dieser vorgeschlagenen Satzungsformulierung natürlich möglich sei, Missbrauch zu treiben, um sich eine Schülerfahrkarte zu erschleichen.

**Herr Senger, SKE**, erklärte, dass die Anzahl der Schülerkarten ist im Vergleich zur alten Satzung gleichgeblieben sei. Er war der Meinung, dass es dadurch zu keinem Kostenaufwuchs käme. Weiterhin vertrat er die Meinung, dass die Ausnahmeregelungen momentan nicht zum Tragen kämen, da es sich um freiwillige Leistungen handele.

**Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion**, vertrat die Auffassung, dass es in jedem Fall bedeuten würde, dass die Kosten für die Stadt erhöht werden. Es kann kein Beschluss gefasst werden, der eventuelle Kosten für die Stadt verursacht. Die vorgeschlagene Ausnahmeregelung sollte genutzt werden.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, wollte wissen, warum **Herr Senger** die Satzung ändern möchte.

**Herr Senger, SKE**, erklärte, dass er sich die gesetzliche Grundlage angeschaut hat, und die Meinung vertritt, dass der Beschluss zur Satzung gesetzeswidrig ist, da im Gesetz der gewöhnliche Aufenthaltsort benannt ist.

**Herr Kneissl, SKE**, widersprach **Herrn Senger**. Natürlich würde er sich natürlich darüber freuen, wenn jedes Kind eine Schülerfahrkarte erhalten könnte. Die Schülerfahrkarten wurden früher per Sammeliste beantragt. Jetzt wurde dieses Verfahren verändert und es gibt ein konkretes Antragsformular. Die Eltern können in diesem Formular die Adresse und den überwiegenden Aufenthaltsort angeben.

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, berief sich auf die Stellungnahme des Rechtsamtes der Stadt und verwies auf die möglichen Ausnahmeregelungen.

**Frau Stahs, SKE**, fragt nach der Definition des gewöhnlichen Aufenthaltsortes. Sie verstehe da **Herrn Senger**.

**Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM**, stellte fest, dass er aus der Praxis bisher keinen Fall kenne, wo die Ausnahmeregelung abgelehnt wurde.

**Herr Senger, SKE**, erklärte, dass es zu dieser Problematik Urteile gibt.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, stellte den Antrag zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:                    mehrheitlich abgelehnt**

### **Beschlussvorschlag:**

Die Satzung soll wie folgt geändert werden.

1. §1 Abs. 2 Satz 1  
Als Wohnung im Sinne dieser Satzung gilt der Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthaltsort des Schülers.
2. §1 Abs. 2 Satz 2 entfällt
3. §8 Abs. 4 entfällt

### **zu 5.2 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Verwendung von Erlösen aus einem Grundstücksverkauf für investive Maßnahmen an Schulen Vorlage: V/2012/10476**

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erläuterte den Antrag seiner Fraktion und erklärte, dass der Erlös aus dem Verkauf des Schulgebäudes im Schulbereich bleiben sollte.

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, fragte nach, warum dieser Antrag noch einmal gestellt wird, da, wo es doch bereits einen generellen Antrag zum Verbleib der Mittel (Einsparungen) im Schulbereich gebe.

**Frau Raab, FDP-Fraktion**, äußerte die Auffassung, dass dieser Antrag im Bildungsausschuss nicht an der richtigen Stelle sei.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärte, dass dieser Beschluss grundsätzlich machbar sei. Es ist wichtig, dass alle einer Meinung sind, dass das Geld nicht reicht. Momentan wird bei den Schulen von einer Havarie zur anderen getaumelt. Er fand den Antrag gut und wichtig.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fand, dass es an der Zeit ist zu sagen, was mit dem Geld gemacht werden soll, somit sind die Haushaltberatungen ist der richtige Zeitpunkt. Im Ausschuss wurde schon über Prioritäten im Bildungsbereich diskutiert. Es ist der richtige Ausschuss, um zu sagen, dass dieses Geld im Bereich Bildung benötigt wird.

**Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE.**, hielt den Antrag für legitim.

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, fragte, warum dieser Antrag losgelöst vom Haushalt behandelt wird. Er wollte eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag.

**Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM**, vertrat die Meinung, dass der Antragsteller weitsichtig handelt, insbesondere mit Bezug auf STARK III

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, stellte den Antrag zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Einnahmeerlöse aus dem Verkauf des kommunalen Grundstücks der ehemaligen Diesterwegschule (Diesterwegstraße 37) in Höhe von 1.000.000 € für zusätzliche investive Maßnahmen an kommunalen Schulen der Stadt (z.B. Brandschutzmaßnahmen oder Maßnahmen des Förderprogramms STARK III) einzusetzen.

**zu 6            schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

**zu 7            Mitteilungen**

---

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** übergab eine Information über das Anwahlverhalten der neuen Klasse 5 für die Schulen in Halle.

**zu 8            Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE.,** fragte nach dem aktuellen Stand der Brandschutzertüchtigung der Schulen.

**Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport,** informierte darüber, dass die Arbeiten gemäß erstem Grundsatz- und Baubeschluss angelaufen sind. Bei den Schulen Grundschule Lessing, Sekundarschule Fliederweg und Grundschule Rigaer Straße, erfolgt die Umsetzung im Zeitplan.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** informierte, dass die Beschlussvorlage zur Tranche 2 in Arbeit ist und kurz vor der Vervollendung steht.

**Herr Senger, SKE,** zitierte eine Aussage des Finanzministers bei der Ausstattung nicht „Kleckern, sondern Klotzen“ und fragte entsprechend nach der Ausstattung der Schulen.

**Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport,** entgegnete, dass die Höhe der Fördermittel nicht erhöht wird.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** informierte, dass er informiert wurde, dass der bilinguale Unterricht zum Ende des Schuljahres am Herder-Gymnasium enden werde.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** erklärte, dass er diese Problematik mit in das Gespräch bei Herrn Klieme nehmen wird.

**Herr Kneissl, SKE,** fragt nach den Anmeldezahlen an den Gymnasien, ihm sei aufgefallen, dass es ca. 100 Bewerbungen mehr gibt und wollte wissen, ob diese Plätze gesichert sind.

**Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport,** erklärte, dass diese Zahlen noch nicht belastbar sind, da diese noch Doppelanmeldungen enthalten. Auf jeden Fall gibt es Reserven am Wolff-Gymnasium, Südstadt-Gymnasium und KGS Humboldt.

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion,** fragte nach den Arbeiten am Herder-Gymnasium.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung,** erklärte, dass die Schimmelbeseitigung grundlegend bearbeitet wird und dass die Hausmeisterwohnung ausgebaut wird.

**Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion,** fragte nach der Geräuschdämmung von Türen im Cantor-Gymnasium.

**Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport,** nahm diese Frage mit.

**Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender,** fragte nach der Situation zur Turnhalle Kastanienallee.

**Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport,** erklärte, dass die Statikuntersuchung noch fehlt, die Schimmelproben wurden jedoch bereits genommen.

**Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion,** regt an, den Schulgarten an der Grundschule Dürer wieder Instand zu setzen.

**Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion,** möchte anregen, dass Zahlen demnächst rechtzeitig ausgereicht werden.

Es lagen keine weiteren Anfragen vor.

## **zu 9      Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.04.12

Gert Hildebrand  
Amtsleiter

Andreas Schachtschneider  
Ausschussvorsitzender